

Resolution Quo vadis Europa?

Beschlossen von der SPD Mitgliederversammlung am 11.06.2013

Das Bild, welches momentan von der Europäischen Union gezeichnet wird, ist wenig schmeichelhaft. Wir sehen, dass die EU nicht demokratischer wird, sondern die Dominanz der nationalen Regierungen und die Handlung nach nationalen Interessen zunehmen. Wir haben erlebt, wie aus der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Krise der Demokratie und des Sozialen wurde. Die von der deutschen Bundesregierung aufgezwungene Austeritätspolitik führt in ganz Europa zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, zu Rezession und in der Folge zu einem dramatischen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, vor allem bei Jugendlichen.

Vor diesem Hintergrund verblassen die Errungenschaften, die der europäische Einigungsprozess mit sich brachte und mich sich bringt. Bei allen momentanen Problemen darf nicht in Vergessenheit geraten,

- dass in Mitteleuropa seit 1945, mit der Ausnahme des gewaltsamen Auseinanderbrechens Jugoslawiens, Frieden herrscht,
- dass wir uns heute (noch?) ohne Grenzkontrollen vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer bewegen können,
- dass in Europa ein intensiver kultureller Austausch in Gang gekommen ist,
- dass wir durch einen gemeinsamen Wirtschaftsraum enorme wirtschaftliche Vorteile gewinnen,
- dass es, zumindest bis zur Krise, zu einem Anstieg der Lebens- und Sozialstandards in allen Mitgliedsstaaten der EU gekommen ist.

Allzu viele sehen in der EU ein neoliberales Projekt zur Durchsetzung einer Ideologie, die den Staat klein schrumpft, den Sozialstaat aushebelt und hauptsächlich für Gewerbe- und Unternehmensfreiheit steht. Und die Bundesregierung tut alles um dieses Bild auch Realität werden zu lassen, vor allem in Südeuropa.

Doch dies war und ist nicht unser Bild von der Zukunft Europas.

Wir brauchen

- stärkere europäische Institutionen mit einem Primat des Europäischen Parlaments und einer Zurückdrängung der Macht des Rates.
- nach Wirtschaftskraft abgestufte europäische Mindeststandards bei sozialen Leistungen, Steuern und Abgaben.
- eine Änderung der Prioritäten vom Schuldenabbau zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.
- ein europäisches Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- einen europäischen Schuldentilgungsfonds¹ wie ihn der Rat der Wirtschaftsweisen vorgeschlagen hat.

Erreichen können wir dies jedoch nur mit mehr, nicht mit weniger Europa. Wenn die Finanzkrise etwas gezeigt hat dann, dass es gerade einer Stärkung der europäisch Institutionen bedarf.

¹ nationale Schulden, die die 60-Prozent-Grenze übersteigen werden in einen gemeinsamen Tilgungsfonds ausgelagert, für den alle Euro-Mitglieder gemeinsam haften

Parlament und Kommission hätten im Zentrum der Konfliktlösung stehen müssen. Nur so hätte von vorneherein eine Strategie, bei der die Interessen der Gemeinschaft im Vordergrund stehen, gesichert werden können. Stattdessen wurde eine von nationalen Vorurteilen und Egoismen getragene Strategie verfolgt, die das Grundproblem der Eurozone – die auseinanderklaffende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – nicht gelöst, sondern verschärft hat. Dass die deutsche Bundesregierung mit ihrer einseitigen, auf reine Schuldenreduktion ausgerichteten Politik dabei jedes Maß verloren hat und nicht nur ein in Jahrzehnten aufgebautes Vertrauenskapital verspielt und ganz nebenbei auch das Verhältnis zu Frankreich dramatisch belastet, ist dabei besonders problematisch.

Dabei werden momentan nicht nur einfache ökonomische Grundregeln missachtet, sondern auch Lehren aus der eigenen Geschichte schlicht ignoriert. Die staatliche Sparpolitik belastet die Wirtschaft. Die hieraus resultierende Arbeitslosigkeit schwächt die Demokratie. Angesichts von Massen- und Jugendarbeitslosigkeit vor allem in Südeuropa brauchen wir einen europäischen Kurswechsel.

Wir wollen ein Europa,

- in dem die Werte Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und die Würde des Menschen verwirklicht und erhalten werden,
- in dem alle Menschen vor den großen Lebensrisiken, wie Krankheit und Arbeitslosigkeit abgesichert sind,
- in dem alle Menschen im Alter eine Rente bekommen, von der sie leben können,
- in dem der arbeitslose Jugendliche in Griechenland genauso wichtig ist wie der/die Münchner Sparer*in,
- in dem es Grundregeln gegen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung gibt,
- in dem demokratische Mindeststandards durchgesetzt werden, egal ob in Rumänien, Ungarn oder Deutschland.